

# Österreichische BetriebsrätInnen zur EU-Erweiterung Befragungen 2004/2005 Juli 2005

## Endbericht

Ken Horvath

Lucie Prochazkova

Tom Schmid

### Inhaltsverzeichnis

<b>1 EINLEITUNG...</b>	<b>4</b>
<b>2 ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE 2005.....</b>	<b>6</b>
<b>3 DER GESELLSCHAFTLICHE RAHMEN: EINSTELLUNGEN IN ÖSTERREICH.....</b>	<b>7</b>
<b>4 ZUSAMMENSETZUNG DER STICHPROBE 2005 .....</b>	<b>11</b>
<b>5 EINSTELLUNG ZUR ERWEITERUNG 2005.....</b>	<b>14</b>
5.1 EINSCHÄTZUNG DER FOLGEN FÜR ÖSTERREICH .....	15
5.2 EINSCHÄTZUNG DER FOLGEN AUF PERSÖNLICHER EBENE BZW. IM EIGENEN BETRIEB .....	17
5.3 BEURTEILUNG DER FOLGEN FÜR UNTERSCHIEDLICHE BRANCHEN .....	18
5.4 BEURTEILUNG DER ÜBERGANGSFRISTEN UND DER ERWEITERUNGSPOLITIK .....	19
5.5 BEURTEILUNG DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG UND POLITIK.....	20
5.6 HALTUNG ZU EINZELNEN BEITRITTSSTAATEN.....	21
5.7 KONTAKTE IN DIE BEITRITTSLÄNDER.....	21
5.8 KONSTANTE SKEPSIS – KONSTANTE EINFLUSSFAKTOREN?.....	23
5.9 FAKTOREN, DIE HALTUNG ZUR ERWEITERUNG BEEINFLUSSEN.....	24
5.9.1 <i>Rekodierungen wie im Vorjahr.....</i>	<i>24</i>
5.9.2 <i>Entwicklung der Einstellung in Grenznähe.....</i>	<i>24</i>
5.9.3 <i>Entwicklung der Einstellung in involvierten Branchen.....</i>	<i>26</i>
5.10 ANDERE FAKTOREN .....	26
5.11 KONTAKTE .....	27
<b>6 ANHANG.....</b>	<b>28</b>
6.1 REKODIERUNGEN .	28
6.2 REFERENZEN .....	29
6.2.1 <i>Sozialökonomische Forschungsstelle Wien (SFS).....</i>	<i>29</i>
6.3 DER FRAGEBOGEN .....	32

### Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Zufriedenheit mit der EU (bewertet nach Schulnotensystem).....	7
Abb. 2 Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Österreich .....	8

Abb. 4 Persönliche Vor und Nachteile der EU-Mitgliedschaft.....	9
-----------------------------------------------------------------	---

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1 Verteilung wichtiger Personenmerkmale in der Stichprobe.....	11
Tab. 2 Verteilung von Branche und Betriebsgröße in der Stichprobe.....	12
Tab. 3 Beurteilung der Folgen der EU-Erweiterung 2004, des österreichischen EU-Beitritts 1995 sowie der Euro Einführung 2002 auf betrieblicher, persönlicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene: Vergleich 2004 – 2005 ..	15
Tab. 4 Folgen der Erweiterung für soziale (Problem)bereiche, Vergleich 2004-2005.....	17
Tab. 5 Beurteilung Konsequenzen im Betrieb, Vergleich 2004 – 2005.....	18
Tab. 6 Folgen für einzelne Branchen, 2005 .....	19
Tab. 7 Bedeutung der Übergangsfristen am Arbeitsmarkt für einzelne Branchen.....	19
Tab. 8 Beurteilung der Haltung von Parteien und ÖGB zur Erweiterung.....	20
Tab. 9 Beurteilung der einzelnen Beitrittsländer: Vergleich 2004 – 2005 .....	21
Tab. 10 Entwicklung der Anzahl an Kontakten in die Beitrittsländer.....	22
Tab. 11 Fremdsprachunterricht 2001/2003 .....	23
Tab. 12 Zusammenfassende Bewertung des Erweiterungsprozesses.....	24
Tab. 13 Korrelationen zwischen Kontakten und Einstellungskomponenten.....	27

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

4

## 1 Einleitung

Die Sozialökonomische Forschungsstelle (SFS) führte im Rahmen des Projektes „gemeinsam erweitern“ in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) zwei umfassende schriftliche Befragungen von BetriebsrätInnen durch. Die erste Befragung fand im ersten Quartal 2004, die zweite im zweiten Quartal 2005 statt. Das Ziel dieser Befragungen war die Erhebung der Einstellung von BetriebsrätInnen bezüglich der Erweiterung der Europäischen Union unter allen Betriebsratskörperschaften Österreichs. Die Befragung bestand aus zwei Teilen, um auch mögliche *Veränderung* der Einstellung der Befragten im Beitritts- bzw. Erweiterungsprozess feststellen und dokumentieren zu können. Daher wurde bei beiden Befragungen der gleiche Fragebogen eingesetzt, in der zweiten Runde wurde er im Bezug auf die aktuelle Situation um die Frage nach der Einstellung zum Beitritt der Türkei ergänzt.

Zielgruppe dieser Erhebung waren alle österreichischen Betriebsratskörperschaften, daher wurde der Fragebogen jeweils als Beidruck des ÖGB-Nachrichtendienstes ausgesandt. In der ersten Runde kamen 326 ausgefüllte Fragebögen zurück, in der zweiten 492, was einen Anstieg um 50,9% darstellte.

Die **erste Befragung 2004** fand in den letzten Monaten vor der Erweiterung statt (Jänner-März 2004). Es kam zu folgenden zentralen Ergebnissen:

- Die EU-Erweiterung wird von einer Mehrheit der Befragten begrüßt, diese Zustimmung ist aber mit verschiedenen Ängsten verbunden. Je konkreter die Frage, desto mehr überwiegt die Skepsis. Als größte soziale Problemfelder des Erweiterungsprozesses gelten Verkehr, Kriminalität, der Arbeitsmarkt und die Landwirtschaft. Auf persönlicher und betrieblicher Ebene erwartet nur eine Minderheit der Befragten Verbesserungen.
- In der Wahrnehmung der Befragten überwiegt der Nutzen der Erweiterung für die Beitrittsländer, Österreich werde hingegen zu den Verlierern der Erweiterung zählen. So glaubt etwa eine Mehrheit der Befragten, dass EU-Förderungen in Zukunft in geringerer Höhe oder gar nicht mehr gewährt werden bzw. dass Österreich mehr zahlen als bekommen wird.
- Für unterschiedliche Branchen werden verschiedene Auswirkungen erwartet. Als große Gewinner werden die Branchen Tourismus, Handel und Industrie gesehen, der Landwirtschaft und dem Bauwesen werden negative Konsequenzen prophezeit. Die Befragten meinen mehrheitlich, dass kleine und mittlere Unternehmen durch den Erweiterungsprozess weniger profitieren werden als Großunternehmen.
- Die Kontakte in die Beitrittsländer scheinen unter österreichischen BetriebsrätInnen relativ schwach ausgeprägt. Die Sprache eines der Beitrittsländer beherrscht kaum

jemand der Befragten. Für die einzelnen Beitrittsländern wird unterschiedlich viel Sympathie empfunden: fast zwei Drittel stehen Ungarn und Slowenien positiv gegenüber, während fast 60% der Befragten Polen ablehnend gegenüber stehen.

<sup>1</sup> Siehe Horvath/Prochazkova/Schmid, 2004

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

5

- Besser vorbereitet auf den Beitrittsprozess scheinen Österreichs Unternehmen zu sein: 30% der befragten BetriebsrätInnen sind in Unternehmen mit einem Standort in zumindest einem der Beitrittsländer beschäftigt.
- Eine Mehrheit der Befragten ist überzeugt, dass die – vor allem vom ÖGB geforderte und durchgesetzte – siebenjährige Beschäftigungsbeschränkungen für Arbeitnehmer/innen aus den neuen EU-Staaten sinnvoll sind. Die Erweiterungspolitik des ÖGB, aber auch der SPÖ und der Grünen wird von den befragten BetriebsrätInnen mehrheitlich als „realistisch“ eingeschätzt, die Erweiterungspolitik der Regierungsparteien hingegen wird als wenig realistisch („zu optimistisch“) bewertet.

Die zweite **Fragebogenerhebung im Frühling 2005** sollte in zwei Hinsichten an die Vorjahreserhebung anschließen. Einerseits ging es darum, Entwicklungen in der Einstellung gegenüber einigen der neuen EU-Staaten, die mit der Erweiterung verbundenen Ängsten und Hoffnungen, festzustellen. Andererseits kann statistisch nach der Bestätigung von im Vorjahr gefundenen Ergebnissen gefragt werden: z.B. ob und inwiefern branchen- und regionenspezifische Probleme bestehen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Erweiterung der EU mit einer Reihe von Ängsten auf beiden Seiten verbunden ist. Nach wie vor halten Ängste und Befürchtungen an, rund drei Viertel der Befragten sind überzeugt, dass die Erweiterung zu rasch erfolgt ist. Die Förderung von Kontakten in die neuen EU-Länder, die Förderung des Spracherwerbs und dadurch auch bessere Informiertheit erweisen sich als effizienter Weg zum Abbau von Ängsten und Vorbehalten gegenüber der EU-Erweiterung und den Menschen aus den Beitrittsländern.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

6

## **2 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse 2005**

Bis zum festgelegten Stichtag wurden insgesamt **492 Fragebögen** retourniert. Damit konnte die Fallzahl im Vergleich zu 2004 um 50,9% oder 166 Stück gesteigert werden. Diese Steigerung verdankt sich vor allem einem höheren Rücklauf von jüngeren und von weiblichen Personen – diese waren in der Vorjahresbefragung relativ schwach repräsentiert. Dieser verbesserte Rücklauf war vor allem durch eine höhere Aufmerksamkeit dieser Befragung gegenüber in einigen BetriebsrätInnenschulen des ÖGB zu verdanken.

### **Die wesentlichen Ergebnisse in Kürze:**

- Wenig Veränderungen im ersten Jahr nach der Erweiterung
- Es bleibt eine skeptische Haltung – allerdings ist die Kritik am EU-Beitritt Österreichs und der Einführung des Euro größer.
- Bestätigung der Vorjahresbefunde

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

7

## **3 Der gesellschaftliche Rahmen: Einstellungen in Österreich**

### **3.1 Österreichische Haltung zu Europa: Stabil zurückhaltend**

Zwei Befragungen der SWS-Studiengemeinschaft zur Haltung der ÖsterreicherInnen zur EU<sup>2</sup>, durchgeführt im April/Mai 2004 und im Jänner 2005 zeigen, dass die EU-Erweiterung bisher keine signifikanten Veränderungen in der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU brachte. Es herrscht weiter Euroskepsis vor.

Ein knappes Drittel (25% im Jänner 2005, 32% im April/Mai 2004) ist mehr oder weniger zufrieden mit der EU, während konstante 32% mehr oder weniger unzufrieden sind.

0  
10  
20  
30  
40  
50  
60  
70  
80  
90  
100

4/5 2004 1 2005

### Zufriedenheit mit der EU

1 2 3 4 5

**Abb. 1** Zufriedenheit mit der EU (bewertet nach Schulnotensystem)

Auch die Meinung über Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Österreich veränderte in dem Halbjahr nach der EU-Erweiterung nicht wesentlich. Nach wie vor halten sich die OptimistInnen („EU-Mitgliedschaft bringt Österreich eher Vorteile“) und die SkeptikerInnen („EU-Mitgliedschaft bringt für Österreich eher Nachteile“) die Waage; nur die Zahl der Neutralen („weiß nicht“) nahm leicht ab.

<sup>2</sup> Siehe SWS-Rundschau 1/2005, S. 89ff

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

8

0  
10  
20  
30  
40  
50  
60  
70  
80  
90  
100

4/5 2004 1 2005

### Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft für Österreich

Vorteile keine Vorteile weiß nicht

**Abb. 2** Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft für Österreich

Bei den persönlichen Vor- und Nachteilen der österreichischen EU-Mitgliedschaft für die Befragten drehte sich die Einschätzung der Befragten im ersten halben Jahr nach der EU-Erweiterung

(leicht) um: Überwogen im Frühjahr 2004 die negativen Auswirkungen (37%) vor den positiven (29%), so kehrte sich im Jänner 2005 der Trend leicht um: 33% der Befragten sehen nun mehr Vorteile und 31% mehr persönliche Nachteile in der EU-Mitgliedschaft.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

9

0  
10  
20  
30  
40  
50  
60  
70  
80  
90

### **Persönliche Vor- und Nachteile der EUMitgliedschaft**

mehr Vorteile weder - noch mehr Nachteile weiß nicht

#### **Abb. 3** Persönliche Vor und Nachteile der EU-Mitgliedschaft

Von der Notwendigkeit einer europäischen Verfassung, die nur im Jänner 2005 abgefragt wurde, sind 46% der ÖsterreicherInnen überzeugt, während 35% meinen, die EU brauche keine gemeinsame Verfassung. 19% der Befragten haben zu diesem Thema keine Meinung.

### **3.2 Der Eurobarometer Juli 2005**

Der Euro-Barometer vom Juli 2005, deren Rohergebnisse nun vorliegen, macht die skeptische Haltung Österreichs zur EU deutlich. So sagen im Mai – Juni 2005 nur 37% der ÖsterreicherInnen, die EU sei „eine gute Sache“ (im Vorjahr waren es noch 46%), im EUSchnitt fanden 54% der Befragten (2004: 56%), die EU sei eine gute Sache. Durch die Mitgliedschaft in der EU sehen 41% der Befragten (im EU-Schnitt 55%) Vorteile, aber 46% (EU-Schnitt 33%) sehen darin Nachteile. Damit liegt Österreich im Sommer 2005 an drittletzter Stelle in der EU, was den EU-Skeptizismus angeht. „In Schweden, Österreich und dem Vereinigten Königreich schließlich stößt die EU insofern auf stärkere Kritik, als jeweils etwa ein Drittel der Bürger dieser drei Länder ein negatives Bild mit ihr verbindet.“<sup>3</sup> Auch beim Vertrauen in die Europäischen Institutionen liegt Österreich mit 48% (Europäisches Parlament) bzw. 44% (Europäische Kommission) an der viertletzten Stelle aller 25 Mitgliedsstaaten (Insgesamt haben 52% aller EU-BürgerInnen Vertrauen in das Europäische Parlament und 46% in die Europäische Kommission). Die Zustimmung zur Europäischen Währungsunion (dem Euro) ist in Österreich hingegen mit 65% höher als im EU-Durchschnitt (59%). Schließlich gefragt, ob sie für eine weitere EU-Erweiterung seien, sprechen sich nur 4% (im EU-Schnitt ebenfalls 4%) dafür aus, die überwiegende Mehrheit der ÖsterreicherInnen ist gegenwärtig gegen eine weitere Öffnung der Union für neue Mitglieder.

<sup>3</sup> EUROBAROMETER 63, erste Auswertungen, S. 16  
gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005  
10

### **3.3 Österreich und seine BetriebsrätInnen**

Wie auch durch die weiteren Ausführungen deutlich werden wird, ist die Haltung der österreichischen BetriebsrätInnen zur EU und seiner Erweiterung auch im Jahr 2005 kritisch aber deutlich weniger europaskeptisch als die gesamte Bevölkerung. Das entspricht dem Befund, der bereits in der Auswertung der Befragung des Jahres 2004 gewonnen werden konnte. Dies spricht – und das lässt sich auch durch andere Befunde, etwa durch die Analyse des Erfolges des Projektes „gemeinsam erweitern“ in Bad Radkersburg<sup>4</sup>, erhärten – dafür, dass sich der ÖGB mit der EU und seinen Problemen kritisch, aber sachlich auseinandersetzt.

<sup>4</sup> siehe Prochazkova/Schmid/Sigl (2005): Österreich und Slowenien – genzüberschreitende Zusammenarbeit  
gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005  
11

## **4 Zusammensetzung der Stichprobe 2005**

Von den 492 ausgefüllten Fragebögen wurden 80,2% von Männern und 19,8% von Frauen ausgefüllt. Damit konnte der Frauenanteil um 6,2 Prozentpunkte gesteigert werden. 44,9% der Stichprobe fallen in die Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen, 29,8% sind zwischen 46 und 55 Jahre alt und 20,8% über 55. Am schwächsten vertreten sind mit 4,5% die unter 25-Jährigen. Im Vorjahr waren 40,24% der Fragebögen von Personen zwischen 46-55 Jahren gekommen, die aktuelle Stichprobe ist von der Altersverteilung her also deutlich ausgeglichener.

20,4% der Befragten wohnen in einem politischen Bezirk mit einer Grenze zu einem der neuen EU-Staaten, die an Österreich grenzen, der Rest kommt aus nicht grenznahen Bezirken. Damit konnte auch der Anteil der Personen aus Grenznähe gesteigert werden (2004: 15,6%). In 43,3% der Fälle kamen jedoch keine oder keine eindeutigen Antworten –

die Werte sind daher nur bedingt zuverlässig. Am stärksten sind dabei Personen aus Bezirken an der Grenze zu Slowenien vertreten (10,8% der Stichprobe), aus an Ungarn grenzenden Bezirken kommen 5%, 1,8% wohnen nahe der Tschechischen Republik und 2,5% bei der Slowakei.

**Variable Häufigkeit Prozent Variable Häufigkeit Prozent**

**Geschlecht Ber. Stellung**

Männlich 388 80,2 ArbeiterIn 149 30,7  
Weiblich 96 19,8 AngestellteR 265 54,6

**Alter** BeamtIn 71 14,6

bis 25 22 4,5 Leitende Fkt. 145 37,6  
25-45 218 44,9 Betriebsrat 242 49,2  
46-55 145 29,8 Personalvertr. 46 9,3  
über 55 101 20,8 Jugend-VP 2 0,4

**Wohnort** Behinderten-VP 7 1,4

grenznah 57 20,4 Gewerk.fkt. 174 42,8  
nicht  
grenznah

222 79,6 Politische Fkt. 97 20,5

**Tab. 1** Verteilung wichtiger Personenmerkmale in der Stichprobe

Der Anteil der Personen, die auch in grenznahen Bezirken arbeiten, liegt etwas niedriger: 14,1% der Stichprobe nennen entsprechende Arbeitsorte. Gependelt wird in der Tendenz also von grenznahen in eher zentral gelegene Bezirke. Auch hier sind Bezirke bei Slowenien gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

12

mit 8,5% am häufigsten, gefolgt von Ungarn mit 3,1%. 2004 war eine Berücksichtigung des Arbeitsortes aufgrund der zu hohen Zahl an fehlenden Werten nicht möglich.

Nach der beruflichen Stellung der befragten Personen gefragt, antworten 30,7% mit „ArbeiterIn“ (2004: 26%), 54,6% sind Angestellte (2004: 60,1%), 14,6% BeamtInnen (2004: 13,9%). Wobei 37,6% in leitender Funktion tätig sind. 49,2% sind als Betriebsrat/-rätin, 9,3% als PersonalvertreterIn tätig (Vorsitzende: 26,8%). 42,8% haben eine Gewerkschaftsfunktion inne, 12,9% eine bei der AK, 20,5% eine politische (meist Gemeinderat o.ä.).

Wie schon 2004 ist die GPA in der Stichprobe mit 37,2% die am stärksten repräsentierte Einzelgewerkschaft (was ihrer Rolle als größter Einzelgewerkschaft des ÖGB entspricht) – der Anteil liegt aber um 7,6 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Die GÖD mit 15,5% und die GMT mit 14,1% sind (als weitere große Gewerkschaften im ÖGB) ebenfalls stark vertreten. Die anderen Gewerkschaften kommen nicht über einen Anteil von 6% hinaus. 31,4% der Stichprobe geben als ihre Branche Industrie an. Mit 23,7% ebenfalls stark vertreten ist der öffentliche Dienst. Unter „Sonstige“ (mit einem Anteil von 13,8%) fallen hauptsächlich Dienstleistungstätigkeiten, Banken und Versicherungen werden ebenfalls häufig genannt. Überdurchschnittlich viele Fragebögen kamen aus großen Betrieben mit mehr als 500 MitarbeiterInnen (34,7%) – der Anteil der Betriebe einer bestimmten Größe sinkt parallel dazu.

**Häufigkeit Prozent Häufigkeit Prozent**

**Branche Betriebsgröße**

Landwirtschaft 3 0,7 0-4 6 1,3  
Industrie 143 31,4 5-19 33 7  
Gewerbe 32 7 20-39 23 4,9  
Bau 25 5,5 40-59 24 5,1  
Handel 29 6,4 60-99 56 11,9  
Tourismus 8 1,8 100-199 77 16,3  
Soziales/Ges. 44 9,7 200-499 89 18,9  
Öffentl. Dienst 108 23,7 500+ 164 34,7  
Sonstiges 63 13,8

**Tab. 2** Verteilung von Branche und Betriebsgröße in der Stichprobe

39,8% der Befragten geben an, in einem multinationalen Unternehmen zu arbeiten. Davon

haben 65,6% ihren Stammsitz in Österreich und 34,4% im Ausland. Von den international tätigen Unternehmen verfügen 32,3% über einen Europabetriebsrat, wobei wie im Vorjahr dieser Anteil bei den Unternehmen mit Stammsitz im Ausland höher liegt (46,9% gegenüber 25,6% bei Stammsitz in Österreich).

74,6% (2004: 72,6%) der international tätigen Unternehmen haben Niederlassungen in den neuen EU-Staaten, wobei der Anteil unter österreichischen Unternehmen mit 77,8% höher gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

13

liegt als bei einem Stammsitz im Ausland (70%). Tschechien (61,4%) und Ungarn (58%) sind dabei die am häufigsten genannten Staaten. Auch das entspricht dem Muster der Vorjahresbefragung. Es folgen die Slowakei (44,3%) und Polen (42%). Am seltensten werden Niederlassungen in Slowenien genannt (34,1%).

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

14

## 5 Einstellung zur Erweiterung 2005

Die EU-Erweiterung wird von der Mehrzahl der Befragten eher negativ bilanziert: 45% lehnen sie ab, 43,4% sind ihr positiv gesonnen. Das bedeutet eine leichte Verschiebung in Richtung Ablehnung, im Vorjahr standen noch 47,6% der Erweiterung prinzipiell positiv gegenüber. Der Unterschied liegt aber innerhalb des zufälligen Schwankungsbereichs.

Die Folgen werden nach persönlicher, betrieblicher und österreichischer Ebene differenziert beurteilt: am häufigsten werden Verschlechterungen für die Gesamtsituation Österreichs behauptet: 46,3% sind hier der Meinung, es habe negative Konsequenzen gegeben.

Gleichzeitig finden sich bei der Beurteilung für Österreich auch die meisten positiven Einschätzungen: mehr als ein Viertel der Befragten sieht Verbesserungen.

Auf betrieblicher Ebene attestieren 21% der Befragten positive und 26,7% negative Folgen, fast doppelt so häufig wie auf gesamtösterreichischer Ebene wird mit 52,3% von keiner Veränderung gesprochen. Sehr selten (6,2%) werden auf persönlicher Ebene positive Folgeentwicklungen berichtet, dagegen berichten 33,1% von negativen Konsequenzen.

Dies entspricht der schon 2004 beobachteten Tendenz, dass die Auswirkungen der EUPolitik (EU-Beitritt Österreichs, Euro-Einführung und Erweiterung) auf den Betrieb positiver gesehen werden als jene auf die persönliche Situation. Im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen gibt es nur unbedeutende Abweichungen: vor allem der Euro wird weiterhin sehr skeptisch beäugt. In keinem Bereich gibt es eine statistisch nachweisbare Entwicklung. Das spiegelt den deutlichen Europakritischen Trend in der österreichischen Bevölkerung wider, wenngleich bei den befragten BetriebsrätInnen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in abgeschwächtem Ausmaß.

Auffällig ist, dass sowohl was den österreichischen EU-Beitritt als auch was die Euro-Einführung betrifft, häufiger von negativen Konsequenzen auf persönlicher Ebene gesprochen wird als im Fall der Erweiterung. Im Vergleich zur Euro-Einführung ist dieser Unterschied signifikant. (Wilcoxon-Rangsummen-Test, Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 0,001).

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

15

### 2005 (Angaben in %)

#### **ERWEITERUNG besser schlechter Gleich**

Situation Österreich 25,2 46,3 27,9

Situation Betrieb 21 26,7 52,3

Situation persönlich 6,2 33,1 60,7 **2004 zu 2004**

#### **EU-BEITRITT (1995) besser schlechter gleich**

Situation Betrieb 26,1 27,9 46 25,6 24,6 49,8 n.s.

Situation persönlich 15 37,9 47,1 16,5 31,4 52,2 n.s.

#### **EURO (2002)**

Situation Betrieb 16,4 25,2 58,4 14,7 26,8 58,5 n.s.

Situation persönlich 9,2 64,3 26,5 8 61 31 n.s.

**Tab. 3** Beurteilung der Folgen der EU-Erweiterung 2004, des österreichischen EU-Beitritts 1995 sowie der Euro Einführung 2002 auf betrieblicher, persönlicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene: Vergleich 2004 – 2005

## 5.1 Einschätzung der Folgen für Österreich

Wenn danach gefragt wurde, unabhängig von den aktuell zu verzeichnenden Folgen, ob die Erweiterung für Österreich gut oder schlecht sei, antworteten 48,9% mit „gut“, 45,3% mit „schlecht“. Im Vergleich zu den restlichen alten EU-Staaten, meinen 46,8%, dass Österreich mehr Nachteile zu tragen habe, 20,5% sehen weniger Nachteile als für die anderen EULänder. Gleichzeitig sehen 30,2% auch mehr Vorteile für Österreich, 42,8% weniger Vorteile.

Im Vergleich zu 2004 ging damit der Anteil derjenigen, die mehr Vorteile sehen, um 8 Prozentpunkte zurück. Ansonsten stimmen die Angaben aus beiden Jahren sehr genau überein, die Abweichungen liegen im Bereich einiger Zehntelprozentpunkte.

Auch in der Beurteilung der Konsequenzen für die Folgegeneration sowie für die Grenzregionen zeigen sich nur kleine, wahrscheinlich zufällig zustande gekommene Schwankungen gegenüber der Befragung vom letzten Jahr. Der Anteil derer, die vorwiegend positive Folgen für die nächste Generation erwarten, ist mit 22,5% jenem derer, die vor allem mit negativen Konsequenzen rechnen (23,6%), sehr ähnlich. Mehr als die Hälfte der Befragten meint, die Folgen seien noch nicht absehbar. Ähnlich sind die Zahlen für die Grenzregionen: 20,2% erwarten positive, 23,9% negative Folgen, der Rest ist unentschieden. Deutlich wird, dass jene Befragten, die als an der Grenze lebend den unmittelbarsten Kontakt mit den Erweiterungsgebieten haben, nicht skeptischer sind als jene BetriebsrätInnen, die grenzferner leben und arbeiten. Das kann vorsichtig dahin gehend interpretiert werden, dass konkrete Erfahrungen mit Menschen aus Beitrittsländern die Erweiterungsskepsis eher ab- als aufbauen.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

16

Hier ist die Bewertungskonsistenz gegenüber der ersten Befragung im Vorjahr sehr hoch: positive Bewertungen für die Folgegeneration gehen mit positiven Urteilen für Grenzregionen Hand in Hand. Der Kontingenzkoeffizient als Maß für die Stärke des Zusammenhangs beträgt (sehr hohe) 0,626. Auch die Beurteilung der allgemeinen Folgen für Österreich korreliert stark mit diesen Einschätzungen, die Kontingenzkoeffizienten liegen bei 0,547 (Folgegenerationen) bzw. 0,495 (Grenzregionen).

Auch die Auswirkungen auf verschiedene soziale Problembereiche werden im Nachhinein ähnlich beurteilt wie vor der Erweiterung. Nach wie vor werden Kriminalität und Verkehr am häufigsten als durch die Erweiterung negativ beeinflusst genannt, gefolgt von Arbeitsmarkt und sozialer Sicherheit. Für nur zwei der zehn abgefragten Bereiche (Warenangebot und Tourismus) werden mehrheitlich positive Effekte bescheinigt. Der Anteil positiver Einschätzungen reicht ansonsten von 1,7% (Kriminalität) bis 15,6% (Landwirtschaft). Der Vergleich mit den Vorjahreswerten zeigt keine eindeutigen Muster. Während in einigen Bereichen (Landwirtschaft, Warenangebot) in diesem Jahr etwas bessere Bewertungen vorliegen, sind in anderen negativere Einschätzungen zu finden (Arbeitsmarkt, Preisentwicklung), in einigen geht die Zahl der neutralen Beurteilungen sowohl zugunsten negativer als auch positiver Einschätzungen zurück (soziale Sicherheit). Möglicherweise werden die negativen Erfahrungen der letzten 12 Monate am Arbeitsmarkt und bei den Preisen bei einem erheblichen Teil der Befragten (zumindest implizit) mit der EU-Erweiterung konnotiert.

Für die Beitrittsländer erwarten die Befragten deutlich häufiger positive Effekte. Z.B. sind 60,4% der Meinung, die Beitrittsländer würden von Österreich lernen, umgekehrt denken dagegen nur 31,2%, dass Österreich durch den Erweiterungsprozess lernen werde. Dasselbe Muster zeigt sich auf gewerkschaftlicher Ebene: 72,7% glauben, dass die Gewerkschaften der Beitrittsländer von den österreichischen lernen, an den umgekehrten Lernprozess glauben nur 35,5%. Der allgemein gehaltenen Formulierung, dass „wir von einander lernen“ stimmen immerhin 67,8% zu, jener, dass die „Chance gemeinsamer

Weiterentwicklung“ bestehe, 79,5%.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

17

**(Angaben in %) 2005 2004**

**besser schlechter gleich besser schlechter gleich**

**Landwirtschaft** 15,6 69,3 15 10,8 75 14,2

**Arbeitsmarkt** 4,2 81,8 14 5,3 78,9 15,8

**Geldwert/Preise** 11,1 63,5 25,4 15,8 44,1 40,1

**Warenangebot** 62,3 9,6 28,1 56,2 8 35,8

**Umwelt** 12,6 65,9 21,5 12 67,7 20,3

**Soziale Sicherheit** 8,1 72,7 19,2 5 68,9 26,1

**Tourismus** 78,3 8,4 13,4 81,4 5,6 13

**Verkehr** 8 87,8 4,2 5,6 90,4 4

**Kriminalität** 1,7 86,7 11,6 2,2 89,2 8,7

**Nationalismus/Ausländerproblematik**

7,5 68,5 24 7,4 70,2 22,5

Tab. 4 Folgen der Erweiterung für soziale (Problem)bereiche, Vergleich 2004-2005

## **5.2 Einschätzung der Folgen auf persönlicher Ebene bzw. im eigenen Betrieb**

2005 wie schon 2004 wurden die BetriebsrätInnen danach gefragt, welche Folgen sie auf persönlicher Ebene erwarten und zwar was die Berufssituation, das Einkommen, das Leben am Wohnort und die nächste Generation betrifft. Tabelle 5 gibt sowohl die Erwartungshaltung 2004 als auch die Bilanz 2005 wieder.

In der Tendenz wird 2005 seltener von Verschlechterungen berichtet, wie diese 2004 befürchtet worden waren, mit Ausnahme der Einschätzung für die Folgegeneration.

Befürchtete oder eingetretene Verschlechterungen wiegen zwar nach wie vor schwerer als erwartete oder erlebte positive Folgewirkungen – das Verhältnis verschob sich mit Ausnahme der Betroffenheit der Folgegenerationen aber zum Positiven: die Verhältniszahlen liegen bei der Berufssituation 2005 bei 5,84 (d.h. ungefähr sechs Mal öfter „schlechter“ als „besser“, 2004 waren sie noch bei 9 gelegen; beim Einkommen sind die Verhältniszahlen 12,56 (2005) – 25,44 (2004); beim Wohnort 7,03 (2005) – 12,16 (2004).

Einzig bei den Folgen für die nächste Generation verschlechterte sich das Verhältnis von 1,6 (2004) auf 2,33 (2005) verschlechtert. Allerdings werden für die nächste Generation fast zehn Mal so häufig positive Effekte erwartet wie in den anderen Bereichen.

Eine ähnliche Entwicklung ist auch für die Beurteilung der Folgen für den eigenen Betrieb festzustellen. Am grundlegenden Muster sowie auch an den absoluten Größenordnungen der einzelnen Antwortvorgaben ändert sich wenig. Es kommen aber wieder deutlich weniger

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

18

negative Antworten. Zwar gibt es nur beim Einkommen eine statistisch signifikante Verbesserung, aber auch in den Bereichen Beschäftigungssituation, betriebliche Rahmenbedingungen und Arbeitszeitsituation verbessert sich das Verhältnis zwischen negativen und positiven Einschätzungen.

Das Verhältnis von negativen zu positiven Antworten verbessert sich bei der Einschätzung der Beschäftigungssituation von 5,96 auf 5,23, beim Einkommen von 32,69 auf 16,26, bei den betrieblichen Rahmenbedingungen von 5,13 auf 4,89 und bei der Arbeitszeit von 22,63 auf 15,95.

**(Angaben in %) 2005 2004**

**PERSÖNLICH besser schlechter gleich besser schlechter gleich zu 2004**

Berufssituation 5,6 32,7 61,7 4,3 38,8 56,8 n.s.

Einkommen 2,5 31,4 66,1 1,6 40,7 57,8 n.s.

Leben/Wohnort 3,5 24,6 71,9 2,5 30,4 67,1 n.s.

nächste Generation 25,6 59,8 14,6 32,9 54,4 12,7 n.s.

**IM BETRIEB**

Beschäftigung 7,1 37,2 55,7 7,5 44,7 47,8 n.s.

Einkommen 1,9 30,9 67,2 1,3 42,5 56,3 \*\*

Betr. Rahmenbed. 7,6 37,2 55,3 8,2 42,1 49,7 n.s.

Arbeitszeit 1,9 30,3 67,8 1,6 36,2 62,3 n.s.

**Tab. 5** Beurteilung Konsequenzen im Betrieb, Vergleich 2004 – 2005

Ratio: nach Branchen unterscheiden, nach Grenznah

### 5.3 Beurteilung der Folgen für unterschiedliche Branchen

Die Konsequenzen der Erweiterung für einzelne Branchen werden wie schon im Vorjahr sehr unterschiedlich beurteilt. Mit Ausnahme des Handels – für den im Nachhinein weniger positive Folgen gesehen werden als vor der Erweiterung – weichen die Angaben nur wenig und unsystematisch von jenen aus der Befragung 2004 ab.

Als große Gewinner gelten Tourismus, Handel und Industrie. Wobei es bei Tourismus und Industrie keine nennenswerten Veränderungen gab. Im Fall des Handels ist dagegen ein Rückgang der positiven Urteile von 59,2% auf 48,1% zu verzeichnen, im Gegenzug steigen die negativen Einschätzungen von 20,7% auf 30%.

Negative Folgen werden am häufigsten mit 63,4% für die Landwirtschaft erwartet, für Soziales und Gesundheit erwarten 55,2% vorwiegend negative Effekte. Ebenfalls kritisch werden die Konsequenzen für die Bauwirtschaft gesehen: mehr als die Hälfte (51,5%) der Befragten erwartet für diese negative Folgen.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

19

Auch die Betriebsgröße betreffend gibt es klare Unterschiede in der Beurteilung: für große Betriebe werden sehr häufig Verbesserungen (76,8%) genannt, für kleine Verschlechterungen (71,4%), für Unternehmen mittlerer Größe werden Verschlechterungen (32,7%) und Verbesserungen (33,3%) mit annähernd derselben Häufigkeit genannt. Im Vergleich zum Vorjahr ist damit eine etwas stärkere Polarisierung zu verzeichnen: 2004 hatten für Großunternehmen 73,2% Verbesserungen und für Kleinunternehmen 64,1% Verschlechterungen erwartet. Die Unterschiede sind statistisch aber nicht signifikant, können also zufällig zustande gekommen sein.

Da es zu den Werten aus dem Vorjahr mit den genannten Ausnahmen kaum Veränderungen gab, sind in Tabelle 6 nur die Werte aus der diesjährigen Befragung angeführt.

**(in %) besser schlechter gleich besser schlechter gleich**

Landwirtschaft 20,7 63,4 15,9 Soz. & Gesundheit 8,5 55,2 36,3

Industrie 51,6 32,6 15,9 Öff. Dienst 5,8 37,4 56,8

Gewerbe 23 43,7 33,3 Große Untern. 76,8 12,1 11,1

Bauwirtschaft 24,8 51,5 23,7 Mittlere Untern. 33,3 32,7 34

Handel 48,1 30 21,9 Kleine Untern. 4,5 71,4 24,1

Tourismus 77,8 10,3 11,9 Selbstständige 21,5 34,1 44,5

**Tab. 6** Folgen für einzelne Branchen, 2005

### 5.4 Beurteilung der Übergangsfristen und der Erweiterungspolitik

Die siebenjährige Übergangsfrist am Arbeitsmarkt wird von 80,8% als gut bezeichnet, der Anteil ging im Vergleich zum Vorjahr (83,3%) damit nur sehr leicht zurück. 13,3% lehnen sie ab (2004: 11,1%).

Die Übergangsfrist wird für unterschiedliche Branchen für unterschiedlich bedeutend gehalten. Besonders wichtig ist sie in Industrie, Bauwirtschaft und Gewerbe. 77,8%, 81,1% bzw. 84,7% erachten sie in diesen Branchen für wichtig. In allen drei Branchen ist damit seit dem letzten Jahr ein Rückgang zu verzeichnen, der allerdings nicht signifikant ist.

Für relativ unwichtig werden die Übergangsfristen für Landwirtschaft (50,7% unwichtig), öffentlichen Dienst (55,2%) und Tourismus (40,6%) gehalten. Der Anteil jener, die die Übergangsfristen für diese Branchen für wichtig halten, stieg damit jedoch gegenüber 2004.

Auch diese Unterschiede sind aber nicht signifikant.

**Kontingente ... ..wichtig ...unwichtig (Angaben in %) ...wichtig ...unwichtig**

Landwirtschaft 49,3 50,7 Handel 68,6 31,4

Industrie 77,8 22,2 Tourismus 59,2 40,8

Gewerbe 81,1 18,9 Soz. & Gesundheit 66,8 33,2

Bauwirtschaft 84,7 15,3 Öff. Dienst 44,8 55,2

**Tab. 7** Bedeutung der Übergangsfristen am Arbeitsmarkt für einzelne Branchen

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

20

## 5.5 Beurteilung der öffentlichen Meinung und Politik

2004 wurde die öffentliche Meinung in Österreich zur Erweiterung skeptisch beurteilt, jene in den Beitrittsländern wurde hingegen als positiv eingeschätzt. Gleichzeitig wurde die Politik aller Parteien eher kritisch gesehen, der ÖGB wurde in seiner Haltung zur Erweiterung überdurchschnittlich positiv gesehen.

An der Beurteilung der öffentlichen Meinung in Österreich änderte sich kaum etwas. Nach wie vor glauben mehr als drei Viertel der Befragten (76,3%), diese sei „eher negativ“. An ein positives Einstellungsmuster glauben 9,2%. 66,2% sind der Meinung, das Bild in der Öffentlichkeit habe sich im vergangenen Jahr verschlechtert.

Auch die Mehrheitsmeinung in den Beitrittsländern wird heuer etwas negativer gesehen: waren 2004 noch 76,6% der Meinung, die Einstellung sei dort eher positiv, stimmen dem 2005 nur noch 60,2% zu. Der Anteil jener, die an eine negative öffentliche Meinung in den Beitrittsstaaten glauben, steigt im Gegenzug von 11,4% auf 25,4%.

Der Beurteilung der öffentlichen Meinung steht wie schon im Vorjahr eine konträre Einschätzung der in Medien und Politik verbreiteten Haltung gegenüber. 57,9% sind der Meinung, die Medien in Österreich wären der Erweiterung positiv gesonnen, 20,6% denken das Gegenteil.

Nach einer Wertung der Haltung der österreichischen Innenpolitik zur Erweiterung gefragt, antworten 68,7%, diese sei zu positiv, 10,6% halten sie für zu negativ. Das entspricht fast exakt den Anteilen aus der Befragung 2004. Wie schon 2004 wird diese zu positive Haltung vor allem der ÖVP zugeschrieben: 79,3% halten deren Politik für zu positiv, nur 15,2% für realistisch. Konträr dazu die Beurteilung der zweiten Regierungspartei: die Haltung der (ehemaligen) FPÖ wird von 63,8% als zu negativ und von 14,2% als realistisch betrachtet. Der SPÖ attestieren 63% eine realistische Haltung, 29,1% halten die SozialdemokratInnen für zu positiv eingestellt. Die Grünen halten 44,9% für zu positiv in ihrer Haltung zur Erweiterung, 42,5% für realistisch.

Wie schon im Vorjahr wird den Gewerkschaften von den BetriebsrätInnen das beste Zeugnis ausgestellt: 70,7% halten die Haltung des ÖGB für realistisch, 24,4% für zu positiv. Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr sind der Tabelle 8 zu entnehmen.

(in %) 2005 2004

**zu positiv zu negativ realistisch zu positiv zu negativ realistisch**

**ÖVP** 79,3 5,4 15,3 68 10,3 21,6

**SPÖ** 29,1 7,8 63 30,9 3,2 65,9

**Grüne** 44,9 12,6 42,5 36,1 9,7 54,2

**FPÖ** 22 63,8 14,2 27,8 50,5 21,7

**ÖGB** 24,4 5 70,7 25,5 3,5 71

**Tab. 8** Beurteilung der Haltung von Parteien und ÖGB zur Erweiterung

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

21

## 5.6 Haltung zu einzelnen Beitrittsstaaten

Wenig Veränderung gab es auch in den prinzipiellen Mustern der Haltung zu den Beitrittsländern. Wie schon im Vorjahr wird besonders Polen relativ negativ beurteilt, auch die Slowakei erhält eine eher schlechte Beurteilung. Slowenien und Ungarn werden nach wie vor am positivsten gesehen. Allerdings ist eine leichte Tendenz hin zu neutraleren Beurteilungen erkennbar. Im Fall von Polen ist diese signifikant.

Sehr kritisch wird im Vergleich zu diesen Zahlen die **Türkei** gesehen. 75,5% lehnen einen Beitritt der Türkei ab, nur 13% würden ihn begrüßen. Diese Frage wurde – aus aktuellen Gründen – 2005 neu in die Befragung aufgenommen.

(Angaben in %) 2005 2004

### **Haltung zu ... positiv negativ egal positiv negativ egal zu 2004**

Polen 26,5 46,3 27,2 22,7 59,2 18,1 \*\*

Slowakei 34 34,4 31,7 35,2 40,2 24,6 n.s.

Slowenien 61,5 16,2 22,3 65,5 17,7 16,8 n.s.

Tschechische Republik 42,6 29,8 27,7 45 35,1 19,9 n.s.

Ungarn 64,3 14,8 20,9 65,6 17,5 16,9 n.s.

**Tab. 9** Beurteilung der einzelnen Beitrittsländer: Vergleich 2004 – 2005

## **5.7 Kontakte in die Beitrittsländer**

Mit Ausnahme der betrieblichen Kontakte, ist in allen abgefragten Kontaktbereichen eine leichte, im Fall der gewerkschaftlichen Kontakte eine sehr starke Zunahme der Kontakte in die Beitrittsländer zu verzeichnen. Dies ist als Effekt und Erfolg der aktiven Kontaktpolitik der Gewerkschaften im letzten Jahr zu bewerten.

Nach wie vor gibt es drei Haupt-Kontaktschienen: persönliche Kontakte (haben 48,7%), berufliche (42%) und betriebliche Kontakte (34,6%). Es folgen gewerkschaftliche Kontakte, die jede fünfte befragte Person hat.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

22

### **2005 Veränderung 2004**

**Ja (%) +/- relativ +/- absolut Ja (%) neue (%)**

**Persönlich** 48,7 10,7% +4,7 44 24,6

**Familiär** 13 35,4% +3,4 9,6 -

**Beruflich** 42 9,9% +3,8 38,2 21,7

**Betrieblich** 34,6 -2% -0,7 35,3 17,3

**Betriebsrätlich** 14,7 15,7% +2 12,7 10,1

**Gewerkschaftlich** 21,9 143% +12,9 9 19,9

**Projekte** 15,1 22,7% +2,8 12,3 -

**Tab. 10** Entwicklung der Anzahl an Kontakten in die Beitrittsländer

Der Anteil der Befragten, die vor haben, eine der neuen EU-Sprachen zu lernen, liegt in der Befragung 2005 doppelt so hoch wie 2004: 7,4% (im Vergleich zu 3,7%) geben ein solches Vorhaben an, 36% (2004: 33%) geben an, dies „vielleicht“ tun zu wollen. Gleichzeitig liegt auch der Anteil jener, die bereits Kenntnisse einer dieser Sprachen haben, in der aktuellen Stichprobe höher (7,6% vs. 4,9%).

Im Gegensatz zur Befragung von 2004 wird in diesem Jahr Slowenisch mit 3,5% am häufigsten genannt, gefolgt von Ungarisch mit 1,6%. Slowakisch gibt keine der befragten Personen an, Tschechisch und Polnisch nennen je 0,6%. Bei den geplanten Spracherwerben liegt Ungarisch mit 5,7% voran, Slowenisch (4,9%) und Tschechisch (3,9%) folgen. Bestehende Sprachkenntnisse stehen in keinem nachweisbaren Zusammenhang zur Entfernung zu den Beitrittsländern. Allerdings wollen jene Personen, die in der Nähe eines neuen EU-Staates leben, dessen Sprache häufiger erlernen.

Auch hier scheinen BetriebsrätInnen aufgeschlossener zu sein als die gesamte Bevölkerung. Einer aktuellen Auflistung zufolge lernt gegenwärtig weniger als 1 Prozent der österreichischen SchülerInnen eine Ostsprache. Auch hier ist Slowenisch (nach Russisch) die beliebteste osteuropäische Sprache, gefolgt von Kroatisch<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Siehe Die Presse, 19.3.2004

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

23

· SchülerInnen im Fremdsprachenunterricht 2001/2003<sup>6</sup>

Russisch 3.765

Slowenisch 3.491

Kroatisch 2.543

Ungarisch 855

Tschechisch 428

Slowakisch 143

Zum Vergleich

Englisch 1.132.461  
Französisch 124.806  
Italienisch 57.346  
Spanisch 16.634

**Tab. 11** Fremdsprachunterricht 2001/2003

Angesichts dieser Zahlen scheint die Intensivierung des (schulischen und außerschulischen) Erlernens der Sprachen unserer Nachbarländer unabdingbar, wenn wir eine Europäisierung, das heißt ein stärkeres Zusammenwachsen dieses Grenzraumes erreichen wollen.

## **5.8 Konstante Skepsis – Konstante Einflussfaktoren?**

Aus der Beschreibung der Ergebnisse geht hervor, dass die Skepsis gegenüber der Erweiterung ungebrochen groß ist (Tab. 12). Die Antwortmuster bestätigen die anhaltenden Ängste und Befürchtungen. In Klammer finden sich jeweils die entsprechenden Werte aus der Vorjahresbefragung.

Die Werte änderten sich im Lauf des vergangenen Jahres kaum. Nach wie vor sehen die BetriebsrätInnen eher negative als positive Konsequenzen, wobei das vor allem für die Gesamtbevölkerung und den Rest der Belegschaft, weniger für die eigene Person gilt. Das hängt damit zusammen, dass der persönliche Informationsgrad zwar als ausreichend bezeichnet wird, jener der Bevölkerung hingegen nur von 14,3% als ausreichend bezeichnet wird. Nach wie vor sind rund drei Viertel überzeugt, dass die Erweiterung zu rasch erfolgt ist. In der Bewertung der Befragten steht die Beurteilung aus österreichspezifischer Sicht im Mittelpunkt. 68,3% geben an, sich als ÖsterreicherInnen zu fühlen. 21,3% sehen sich als EuropäerInnen – im Vorjahr waren es 16,6% gewesen.

Auf dieser Grundlage halten 40% Österreich für einen Gewinner der Erweiterung, 60% für einen Verlierer. Im Vorjahr haben noch 44,6% der befragten Personen Österreich für einen Gewinner gehalten, der Unterschied ist allerdings nicht signifikant. 77,9% (2004: 78,7%) glauben, dass Österreich mehr bezahlen als bekommen wird, 2,7% gehen vom Gegenteil aus, 19,4% glauben an keine nennenswerte Veränderung. Nur 12,7% meinen, dass die

<sup>6</sup> Quelle: Die Presse, 19.3.2004

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

24

Förderungen der EU an Österreich weiter gewährt werden, 69,2% glauben, dass diese sinken werden (2004: 72,5%), 15,7% glauben gar, dass sie verschwinden werden (2004: 7,9%) – auch hier ist im Vergleich zum Vorjahr keine eindeutige Entwicklung festzustellen.

**Persönlich überwiegen ... Die Erweiterung erfolgte ...**

... die Vorteile 45,6 (45,9) ... zu rasch 74,9 (77,1)

... die Nachteile 54,4 (54,1) ... zu langsam 0,8 (0,6)

**Für die Belegschaft überwiegen ... genau richtig 24,2 (22,3)**

... die Vorteile 32,8 (33,7) **Persönlicher Informationsgrad ...**

... die Nachteile 67,2 (66,3) ... ausreichend 41 (43)

**Für die Gesamtbevölkerung überwiegen ... nicht ausreichend 59 (57)**

... die Vorteile 31,1 (32,8) **Informationsgrad der Bevölkerung ...**

... die Nachteile 68,9 (67,2) ... ausreichend 14,3 (17,7)

... nicht ausreichend 85,7 (82,3)

**Tab. 12** Zusammenfassende Bewertung des Erweiterungsprozesses

Angaben in %, in Klammer: Werte aus der Befragung 2004

## **5.9 Faktoren, die Haltung zur Erweiterung beeinflussen**

### **5.9.1 Rekodierungen wie im Vorjahr**

Um den Zusammenhang zwischen einzelnen Merkmalen und der Einstellung zur Erweiterung zu untersuchen wurden wie im Vorjahr Indizes zu den einzelnen Einstellungsdimensionen gebildet.

Mit Hilfe so genannter PP-Plots wurde die Verteilung der neu berechneten Variablen getestet. Es zeigt sich, dass sie annähernd normal verteilt sind. Das hat auswertungstechnische Vorteile: t-Test und Varianzanalyse liefern zuverlässige Ergebnisse.

Das ermöglicht, Zusammenhänge bei niedriger Irrtumswahrscheinlichkeit zu erkennen. Die Annäherung der einzelnen Variablen an die Normalverteilung ist den Abbildungen im Anhang zu entnehmen.

Im Vorjahr wurden zwei wesentliche Einflussfaktoren identifiziert: Wohnen in grenznahen Regionen und Arbeiten in involvierten Branchen. Im Folgenden wird dargestellt, ob sich in den aktuellen Daten dieselben Zusammenhänge zeigen.

### **5.9.2 Entwicklung der Einstellung in Grenznähe**

28 Bezirke wurden für die Auswertung als grenznah definiert – das sind 23,3% der 120 politischen Bezirke in Österreich. Da die Bezirke in Grenznähe nicht die bevölkerungsstärksten sind, ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung kleiner. Nach Volkszählungsdaten lässt er sich auf 17,1% schätzen. Die 20,4%, mit denen Personen aus gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

25

grenznahen Regionen in die Auswertung eingehen, stellen demnach eine relativ gute Annäherung an die Verteilung in der Grundgesamtheit dar. Im Gegensatz zum Vorjahr konnte heuer auch der Arbeitsort berücksichtigt werden.

Die allgemeine Einstellung zur Erweiterung verschob sich in Grenznähe leicht zum Positiven, noch immer überwiegt in grenznahen Bezirken aber eine negative Haltung (51,8% gegenüber 53,2% im Vorjahr), 41,1% (2004: 38,3%) sehen die Erweiterung positiv. In nicht grenznahen Regionen halten sich positive und negative Einstellungen wie schon im Vorjahr die Waage, 43,6% positiven Äußerungen stehen 43,2% negative gegenüber. Weniger stark wirkt sich ein grenznaher Arbeitsort aus: 47,2% jener, die nahe den neuen Mitgliedsstaaten arbeiten, lehnen die Erweiterung ab, 45,3% begrüßen sie. Weder die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr noch die Unterschiede zwischen grenznahen und nicht grenznahen Wohn- bzw. Arbeitsorten sind statistisch signifikant.

Im Vorjahr wurde festgestellt, dass die Nähe zur Grenze umso stärker zu tragen kommt, je konkreter die Umstände sind. Daran änderte sich nichts: während sich die allgemeine Haltung wie erwähnt nicht überzufällig unterscheidet, werden die Folgen auf persönlicher und betrieblicher Ebene in Grenznähe signifikant negativer gesehen. Bei den persönlichen Konsequenzen kommen jene, die in Grenznähe wohnen, auf einen Indexwert von -1,63 (gegenüber -0,99 in anderen Regionen), bei den betrieblichen auf -1,56 (gegenüber -1,05). Nach Arbeitsort ausgewertet, sind die Ergebnisse wieder weniger eindeutig: bei den betrieblichen Auswirkungen zeigt sich kein signifikanter Unterschied, bei den persönlichen Folgen kommen in grenznahen Bezirken Arbeitende auf -1,51 gegenüber -0,96 bei den anderen. Alle Zusammenhänge wurden mittels eines t-Tests überprüft.

Dabei überwiegt – so die Vorjahresdiagnose – in Grenznähe die einseitige Wahrnehmung von Risiken, Chancen werden deutlich weniger wahrgenommen. In Grenznähe sehen 56,4% mehr Nachteile für Österreich – überall anders sind es 42,2%. An mehr Vorteile glauben dagegen in grenznahen Bezirken nur 25,9% (gegenüber 22,9% im Vorjahr und 33,6% in nicht grenznahen Regionen). Und: in Grenznähe erwarten sich nur 12,3% positive Folgen für Grenzregionen, 33,3% glauben, dass sich für Grenzregionen vor allem nachteilige Entwicklungen einstellen werden. Jene, die nicht in Grenznähe wohnen, glauben immerhin fast zu einem Viertel (24,7%), dass sich Vorteile für Grenzregionen ergeben.

Im Gegensatz zur Vorjahresbefragung zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der Beurteilung der neuen Mitgliedsländer und der Einschätzung der Folgen für einzelne Problembereich (Kriminalität und Ausländerproblematik, Tourismus etc.).

Eine deutliche Angleichung gab es bei der Beurteilung der öffentlichen Meinung. Während 2004 in Grenznähe neun Zehntel (gegenüber drei Viertel) an überwiegend skeptische Haltungen in der österreichischen Öffentlichkeit glaubten, sind es in Grenznähe 2005 sogar weniger als in anderen Regionen (74,1% gegenüber 77,6%).

Auch bei der Beurteilung der Politik des ÖGB zeigen sich nicht mehr dieselben Unterschiede: 30,4% der in Grenzregionen Lebenden finden den ÖGB zu positiv (gegenüber

25% bei den anderen). Im Vorjahr waren es noch 44,4% gewesen. Bei der Beurteilung der Kontingente lassen sich keine Unterschiede feststellen.

Fazit: Grenznähe wirkt sich noch immer dahin gehend aus, dass Risiken stärker und Chancen weniger stark wahrgenommen werden als in anderen Regionen. Das ist vor allem ein Problem des Wohnumfelds, nicht des betrieblichen Umfelds: alle untersuchten Zusammenhänge fallen für grenznahe Wohnorte stärker aus als für grenznahe Arbeitsorte.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

26

Wie schon im Vorjahr ist auch heuer unerheblich, zu welchem der neuen Mitgliedsländer die Nachbarschaft besteht.

### **5.9.3 Entwicklung der Einstellung in involvierten Branchen**

Die zweite im Vorjahr identifizierte wesentliche Determinante ist die Beschäftigung in einer involvierten Branche. Zur Definition des Involvierungsgrads wurde wie im Vorjahr vorgegangen: Erforderlich ist zunächst, dass die unterschiedliche Betroffenheit der Branchen beurteilt wird. Erst im zweiten Schritt kann die Auswirkung dieser Betroffenheit auf die Einstellung der in der Branche Tätigen ins Blickfeld rücken. Der erste Aspekt wird mit dem Fragebogen eigentlich nicht gemessen – erhoben werden Einschätzungen der Befragten. Auf der Grundlage der oben dargestellten Häufigkeitsverteilungen lässt sich dennoch eine vorläufige Einteilung der Branchen treffen: Industrie, Gewerbe und Bauwirtschaft werden gleichermaßen als überproportional betroffen angesehen. Für die folgenden Darstellungen wurden diese drei Branchen zu einer Branchengruppe zusammengefasst und den restlichen – überwiegend dienstleistungsorientierten – Branchen gegenübergestellt. Nach einer Reihe von Testauswertungen, die die Plausibilität dieser Zusammenfassung stützen, wurden die wesentlichen Einstellungsdimensionen auf ihre Abhängigkeit von der Branche untersucht. Dass diese Branchen tatsächlich stärker betroffen sind, lässt sich an der Zahl der Kontakte illustrieren. Während sich bei den Kontakten persönlicher Natur keine nennenswerten Unterschiede zeigen, gibt es in Industrie, Bau und Gewerbe deutlich mehr berufliche Kontakte als in anderen Branchen.

Die Beurteilung des österreichischen Beitritts zur EU und der Einführung des Euro fiel im Vorjahr ambivalent aus: auf betrieblicher Ebene gab es überdurchschnittlich positive, auf persönlicher überdurchschnittlich negative Einschätzungen. Ähnliches zeigt sich in der diesjährigen Befragung: die Folgen des EU-Beitritts für den Betrieb werden in den involvierten Branchen von 38,7% (gegenüber 17,1% in den weniger stark betroffenen) positiv beurteilt, die Konsequenzen des Euro von 24% (gegenüber 12,2). Bei der Beurteilung der persönlich zu tragenden Auswirkungen zeigen sich heuer keine Unterschiede mehr – im Vorjahr herrschte in involvierten Branchen noch eine etwas negativere Stimmung vor. Die Diskrepanz zwischen persönlichen und betrieblichen Effekten bleibt also bestehen: persönlich zu tragende Risiken stehen der Wahrnehmung betrieblicher Chancen gegenüber. Auch für die EU-Erweiterung zeigt sich diese Spannung. 27,7% der in involvierten Branchen Beschäftigten glauben, dass die Effekte für den Betrieb positiv sind – deutlich mehr als in den anderen Wirtschaftsbereichen (17,4%). Auf persönlicher Ebene zeigt sich kein entsprechender Unterschied (6,6% gegenüber 5,9%). Im Gegensatz zum Vorjahr zeigt sich dabei heuer kein Effekt der Betriebsgröße – im Gegensatz zu den Erwartungshaltungen vor der Erweiterung dürften die Erfahrungen danach in Betrieben unterschiedlicher Größe ähnlich gewesen sein.

Weder die Beurteilung der Politik des ÖGB noch die Meinung zu den Übergangsfristen am Arbeitsmarkt wird von der Branchenzugehörigkeit und der Betriebsgröße beeinflusst.

### **5.10 Andere Faktoren**

Im Vergleich zum Vorjahr fällt damit auf, dass das generelle Meinungsbild beinahe unverändert bleibt, allerdings zeigt sich allgemein eine größere Homogenität sowohl über die

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

27

Branchen als auch über die Wohnregionen hinweg. Damit überrascht es auch nicht, dass

Faktoren, die schon im letzten Jahr keinen signifikanten Einfluss ausgeübt haben, das heuer auch nicht tun. FunktionsträgerInnen antworten auf keine erkennbar andere Art als Personen ohne Funktion – überprüft wurde das für Personen in leitender Funktion, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen sowie gewerkschaftliche und politische FunktionärInnen. Auch demografische Faktoren wie Alter und Geschlecht zeigen in der Stichprobe keinen nennenswerten Effekt. (Frauen sind in der Tendenz eine Spur skeptischer – allerdings sind die Unterschiede marginal.)

## 5.11 Kontakte

Wie schon im Vorjahr zeigt sich, dass Kontakte persönlicher und beruflicher Natur der wichtigste Faktor im Abbau von Skepsis sind. Es fällt eine hohe Kontinuität im Vergleich zu den Vorjahresbefunden auf – sie sind im Bericht von 2004 zu finden und im Einzelnen nicht nochmals aufgeführt.

Die folgende Tabelle illustriert anhand der bivariaten Korrelationen den Effekt von Kontakten:

### Folgen für Österreich

#### Haltung zu

#### Beitrittsländern

#### Auswertung

#### Krim. & Ausl. probl.

Private Kontakte 0,179 \*\* 0,137 \*\* 0,126 \*\*

Berufliche Kontakte 0,088 \* 0,080 \* 0,084 \*

Kontakte gesamt 0,142 \*\* 0,115 \*\* 0,114 \*\*

Tab. 13 Korrelationen zwischen Kontakten und Einstellungskomponenten

\*  $p < 0,05$  \*\*  $p < 0,01$

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

28

## 6 Anhang

### 6.1 Rekodierungen

Eine Reihe zusätzlicher Variabler wurde neu berechnet, um auf einer generellen Ebene Aussagen treffen zu können. Für die wichtigsten Neukodierungen wird im Folgenden ein Überblick zur Vorgangsweise gegeben.

Einstellung zu EU und EURO. Im Fragebogen gibt es vier Variablen, die den Folgen von EU-Beitritt

und Einführung des EURO jeweils auf persönlicher und auf betrieblicher Ebene gewidmet sind. Die vier Variablen korrelieren stark miteinander (siehe oben) – es kann daher davon ausgegangen werden, dass sie teilweise dieselbe Eigenschaft messen. Nach einer notwendigen Rekodierung wurde zunächst je eine Variable für die Einschätzung der persönlichen und der betrieblichen Folgen berechnet. Diese beiden Variablen haben einen Wertebereich von -2 bis +2 und korrelieren ebenfalls signifikant miteinander. Aus diesen wurde dann eine Variable zur Gesamteinstellung mit einem Wertebereich von -4 bis +4 berechnet. Die neue Variable hat ordinales Datenniveau.

Branchen. Für die Berechnung von Zusammenhängen wurden die Branchen aus Frage 14 zu zwei Gruppen zusammengefasst. Unterschieden wurde zwischen Industrie, Gewerbe sowie Bau und Sonstigen (vorwiegend Dienstleistungen). Dem liegt zugrunde, dass Industrie, Gewerbe und Bauwirtschaft zumindest in der Wahrnehmung der Befragten mit stärkeren Auswirkungen der Erweiterung rechnen müssen.

Haltung zu Beitrittsländern. Die Einstellungsvariablen zu den einzelnen Ländern wurden umkodiert, um näherungsweise eine ordinale Ordnung zu erhalten. Zusätzlich wurde ein Index zur Gesamthaltung gebildet.

Ängste vor persönlicher Betroffenheit. Alle vier angeführten möglichen persönlichen Konsequenzen korrelieren stark miteinander. Ihnen dürfte also eine gemeinsame latente Eigenschaft zugrunde liegen, die hilfsweise Angst vor persönlicher Betroffenheit genannt werden könnte. Die erhaltene Indexvariable korreliert stark mit den Ausgangsvariablen

(Kontingenzkoeffizienten zwischen 0,713 bis 0,734).

Erweiterung für Wirtschaftssektoren. Problematischer erscheint ein einfacher Summationsindex zur Einschätzung der Folgen der Erweiterung auf verschiedene Wirtschaftssektoren/-bereiche. Hier ist davon auszugehen, dass mehrdimensionale Einstellungsmuster wirksam werden. Eine explorative Faktorenanalyse bestätigt dieses Bild: Demnach korrelieren die Einschätzungen der Folgen für Industrie, Gewerbe und Bauwirtschaft am stärksten miteinander – begleitet wird die Sorge um diese Bereiche von einem überdurchschnittlichen Interesse für die Situation großer Betriebe. Andere Beweggründe dürften der Sorge um die Landwirtschaft zugrunde liegen – sie korreliert mit erwarteten Folgen für kleine Unternehmen und Selbstständige. Ebenfalls auffällig sind die Übereinstimmungen in der Bewertung der Folgen für Handel und Tourismus bzw. für Soziales/Gesundheit und den öffentlichen Dienst. Auf dieser Grundlage wird zunächst ein Index aus den Variablen Industrie, Gewerbe, Bauwirtschaft sowie mittleren und großen Unternehmen gebildet.

Auswirkung der Erweiterung auf soziale Themenbereiche. Dem Vorgehen bei den Wirtschaftssektoren entsprechend, wurde faktorenanalytisch auf die wesentlichen

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

29

Dimensionen geschlossen. Dabei sticht ein Zusammenhang hervor: Kriminalität und Ausländerproblematik korrelieren sehr stark miteinander und relativ wenig mit den anderen Variablen – hier dürfte eine der Einstellungsdimensionen gemessen werden. Auf diesem Faktor läßt als einzige andere Variable der Arbeitsmarkt, allerdings mit unter 0,4. Inhaltlich macht eine Zusammenfassung von Arbeitsmarkt und Sozialer Sicherheit mehr Sinn – die beiden Variablen korrelieren auch stark miteinander. Ebenfalls eng hängen Warenangebot und Tourismus sowie Umwelt und Verkehr zusammen.

Kontakte. Im Fragebogen wurde nach sechs Arten von Kontakten in die neuen Mitgliedsländer gefragt. Diese legen zwei Arten von Kontakten nahe: solche privater und solche beruflicher Natur. Die erste Häufigkeitsauszählung läßt nicht klar erkennen, wie die verschiedenen Kontaktformen in der Stichprobe aufeinander bezogen sind. Persönliche, berufliche und betriebliche Kontakte kommen auf zwischen 35 und 44 Prozent. Familiäre, betriebsrätliche und gewerkschaftliche dagegen auf zwischen 9 und 12 Prozent. Mehr Aufschluss auf die gemeinsam gemessenen Kontaktdimensionen gibt eine Faktorenanalyse. Sie bestätigt die intuitive Vermutung, dass es zwei zu trennende – wenn auch nicht zwingend voneinander unabhängige – Dimensionen von Kontakten gibt. Mit allen zu treffenden Einschränkungen – allen voran des Datenniveaus – läßt die Faktorenanalyse plausible Vermutungen über die Intervariablenkorrelationen zu. Verschiedene bivariate Korrelationen bestätigen das Bild.

Folgen für Österreich. Über den Fragebogen verteilt gibt es eine Reihe von Fragen zu den Konsequenzen der EU-Erweiterung für Österreich. Aus insgesamt vier Variablen wurde ein Index zur Erwartungshaltung zu den Folgen für Österreich gebildet.

## **6.2 Referenzen**

### **6.2.1 Sozialökonomische Forschungsstelle Wien (SFS)**

Die Sozialökonomische Forschungsstelle (SFS), gegründet 1997, ist eine Forschungs- und Beratungseinrichtung in der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins. Die wissenschaftliche Leitung des Instituts obliegt Dr. Tom Schmid, die kaufmännische Leitung DSA Marlene Mayrhofer. Zur Durchführung von Forschungsprojekten aus dem Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werden projektbezogene Kooperationen mit in- und ausländischen Forscher/innen eingegangen. Das Sekretariat der SFS wird von Frau Albina Savkic geführt.

#### **Geschäftsfelder**

Die beiden Geschäftsfelder der SFS sind wissenschaftliche Forschung (SFS-Research) mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt und Sozialpolitik und wissenschaftsgeleitete Beratung

(SFS-Consult) mit den Schwerpunkten Gemeinwesenarbeit und Beratung von Gemeinwesenprojekten, Fundraising sowie betriebliches Coaching im Nonprofit-Bereich. Die SFS ist als gemeinnütziger Verein konstituiert und daher von der Umsatzsteuerpflicht befreit.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

30

## **Projekte**

Im Rahmen der Forschungstätigkeit der SFS werden/wurden unter Anderem folgenden Projekte durchgeführt:

„Mamma Mia“ *Gesundheit von Müttern mit Kleinkindern*, im Auftrag des Fonds Soziales Wien, Abteilung Frauengesundheitsprogramm, 2003-2004

*Enquête „Health Care Management“, Organisation einer wissenschaftlichen Tagung*, im Auftrag der Stadt Wien, Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement, 2003

„barrierefrei“ – *Gynäkologische Vorsorge und Versorgung behinderter Frauen*, im Auftrag des Fonds Soziales Wien, Wiener Frauengesundheitsprogramm, 2003-2004

„Bedarfsanalyse für ein Wiener Institut für Gesundheitsökonomie“, im Auftrag der Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement, 2003-2005

„gemeinsam erweitern“, gemeinsam mit dem ÖGB, im Auftrag der EU, 2003-2005

„Pflege im Spannungsfeld zwischen Angehörigen und Beschäftigung“, im Auftrag der GPA und AK, 2003-2005

*Organisationsentwicklung für „Bürowerkstatt“*, im Auftrag des Vereins zur beruflichen Integration behinderter Menschen „Bürowerkstatt“, seit 2003

*RegAB: „Regionale Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen im Kontext des NÖ Beschäftigungspaktes“*, im Auftrag des Vereines „Jugend und Arbeit“ (Koordinationsstelle des NÖ Beschäftigungspaktes), 2002-2003

*Wissenschaftliche Begleitung der Lehreinsteigs-Begleitung „LeBI“ für sozial und emotional benachteiligte Jugendliche*, im Auftrag des Bundessozialamtes für Wien, Niederösterreich und Burgenland, 2002-2005

*Evaluierung und begleitende Bewertung der Maßnahme der Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung 2001-2003*; im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen, seit November 2002

*Oberösterreichischer Sozialbericht – Prototyp 2001* – im Auftrag des Landes Oberösterreich, Sozialabteilung, 2001-2003

Darüber hinaus ist (war) die SFS seit Herbst 2002 in zahlreichen Projekten der Gemeinschaftsinitiative EQUAL vertreten:

*INTequal – Integration Jugendlicher mit Behinderungen in Niederösterreich* – 1B-12/02 – 2002-2005

*QSI – Quality Supported Skills for Integration* – 3-01/61 – 2002-2005

*Der Dritte Sektor in Wien: Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung* – 3-11/87 – 2002-2005

*Berufsbilder und Ausbildungen in den Gesundheits- und Sozialen Diensten* – 3-01/68 – 2003-2004

*Wohnen und Arbeiten – Sozialwirtschaftliche Beschäftigungsmodelle für die Wohnwirtschaft* – 3-11/28 – 2002-2004

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

31

*DON'T WAIT. AsylwerberInnen und der Arbeitsmarkt – Schaffung innovativer Lösungsansätze für einen scheinbaren Widerspruch* – AT 6-01/55 2002-2004

*Muster-Kollektivvertrag für das Österreichische Gesundheits- und Sozialwesen inklusive Behindertenwesen und Kinder- und Jugendwohlfahrt* – AT 3-01/64 – 2002-2004

*Social Networking* – 3-19/105 – 2002-2004

Donau-Entwicklungspartnerschaft – „Quality in Inclusion“ – AT-3B-02/295 – seit Juli 2005

Qualitätsentwicklung Gender Mainstreaming – AT-5-01/260 – seit Juli 2005

Pro\_Fit NÖ – AT-1B-12/288 – seit Juli 2005

U-Turn. Erfahrung wertschätzen, Wertschätzung erfahren AT-1A-02/290 – seit Juli 2005

## **Kontakt**

### **Sozialökonomische Forschungsstelle**

Maria Theresienstraße 24

A-1010 Wien

Tel: +43 (1) 319 57 50

Fax: +43 (1) 319 57 50-3

[office@sfs-research.at](mailto:office@sfs-research.at)

[www.sfs-research.at](http://www.sfs-research.at)

## **Achtung**

### **Neue Adresse ab 1.10.2005**

Wasagasse 6/8

1090 Wien

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

32

## **6.3 Der Fragebogen**

Befragung zum Thema EU-Erweiterung 2005

# **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Vor wenigen Monaten hat die Europäische Union die größte Erweiterung ihrer Geschichte erlebt. Zu den neuen Mitgliedsstaaten gehören auch Nachbarländer, denen wir in jahrhundertelanger Geschichte verbunden sind, wo viele österreichische Familien ihre Wurzeln haben und heute noch verwandtschaftliche Verbindungen pflegen. Mit dieser Erweiterung wurde ein Schlussstrich unter die Teilung Europas gezogen.

Im Rahmen des vom ÖGB gemeinsam mit Gewerkschaften aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, aus Ungarn und Slowenien in den Jahren 2003 – 2005 durchgeführten Projektes „*gemeinsam erweitern*“ wollen wir die Einstellung von BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen aus Österreich zur EU-Erweiterung, vor allem aber mögliche Veränderungen dieser Einstellung nach der EU-Erweiterung erheben. Wir wenden uns daher wie schon im ersten Quartal 2004 nochmals mit diesem Fragebogen an Sie und ersuchen Sie, uns diesen Fragebogen ausgefüllt zu retournieren. Wie schon bei der letzten Befragung können Sie auch diesmal einen netten Preis gewinnen (siehe letzte Seite).

### **Ihre Antworten werden streng vertraulich behandelt!**

Dr. Tom Schmid

Leiter der SFS

<sup>7</sup>Wenn Sie mehr über unser Projekt erfahren wollen: <http://www.gemeinsamerweitern.at>

### **Bitte ausgefüllt bis 15. April 2005**

#### **retournieren an**

Sozialökonomische Forschungsstelle

Maria Theresienstrasse 24

1010 Wien

**ACHTUNG**

Gewinnspiel siehe letzte Seite

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

33

## **A) Angaben zu Ihrer Person**

**1 Geschlecht 3 Alter**

männlich weiblich

**2 Nationalität**

bis 25 26 - 45 46 - 55 über 55

Zutreffendes bitte ankreuzen!

**4 Berufliche Stellung 5 Leitende Funktion**

Arbeiter/in Angestellte Beamt/in Ja Nein

**6 Politischer Bezirk des Wohnortes:**

GPA GÖD GdG KMSfB GBH GdC GdE dip HTV HGPD GPF ANG GMT 7 Ihre

Gewerkschaft

**8 Betriebliche Funktion 9 Vertrauensperson 10 Gewerkschaftsfunkt. 11 AK-Funkt.**

BR PV Ersatz Vors. Jugend Behinderte Ja Welche Nein Ja Nein

**12 Politische Funktion**

(Bunde, Land, Gemeinde)

Ja Welche: Nein

**B) Angaben zum Betrieb**

**13 Politischer Bezirk des Betriebes**

Bitte eintragen:

**14 Branche**

Landwirts. Industrie Gewerbe Bau Handel Tourismus Soziales. Gesundheit Öff. Dienst

Sonstige Branche: \_\_\_\_\_

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005  
34

**15 Betriebsgröße (Beschäftigtenzahl)**

0 - 4 5 - 19 20 - 39 40 - 59 60 - 99 100 - 199 200 - 499 500

und mehr

**16 Multinationaler Konzern**

Wenn ja:

Europabetriebsrat

vorhanden

Konzernstandorte in

Beitrittsländern

Nein Ja

Stammsitz

in Öst.

Stammsitz

im Ausland

Ja Nein Ja Nein

Wo: \_\_\_\_\_

**C) EU-Erweiterung – persönliche Auswirkungen**

**17 Hat sich Ihre Situation durch den EU-Beitritt Österreichs 1995**

Verbessert Verschlechtert Gleich geblieben

**18 Hat sich Ihre Situation durch die Einführung des Euro 2002**

Verbessert Verschlechtert Gleich geblieben

**19 Hat sich die Situation Ihres Betriebes durch den EU-Beitritt Österreichs**

Verbessert Verschlechtert Gleich geblieben

○ ○ ○

**20 Hat sich die Situation Ihres Betriebes durch die Einführung des Euro 2002**

Verbessert Verschlechtert Gleich geblieben

○ ○ ○

**20a Hat sich die Situation Österreichs durch die EU-Erweiterung 2004**

Verbessert Verschlechtert Gleich geblieben

○ ○ ○

**20b Hat sich die Situation Ihres Betriebes durch die EU-Erweiterung 2004**

Verbessert Verschlechtert Gleich geblieben

○ ○ ○

**20c Hat sich Ihre persönliche Situation durch die EU-Erweiterung 2004**

Verbessert Verschlechtert Gleich geblieben

○ ○ ○

Aus Gründen des Layouts befinden sich nicht alle Fragen in der „richtigen“ Reihenfolge, die Nummern dienen dem Vergleich mit der Befragung 2004.

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

35

**21 Ihre grundsätzliche Haltung zu einzelnen neuen Mitgliedsstaaten**

positiv negativ egal

**Polen** ○ ○ ○

**Slowakei** ○ ○ ○

**Slowenien** ○ ○ ○

**Tschechische Republik** ○ ○ ○

**Ungarn** ○ ○ ○

Aus aktuellen Gründen:

**21a Ihre grundsätzliche Haltung zum Beitritt der Türkei**

Begrüßen Ablehnen Egal

○ ○ ○

**22 Ihre grundsätzliche Haltung zur EU-Erweiterung**

Begrüßen Ablehnen Egal

○ ○ ○

**D) Ihre persönliche Betroffenheit durch die EU-Erweiterung**

**23 Es wurde/ist...**

...besser ...schlechter ...gleich geblieben

Berufssituation ○ ○ ○

Einkommen ○ ○ ○

Leben in Ihrem Wohnort ○ ○ ○

Für die nächste Generation ○ ○ ○

**E) Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Ihren Betrieb:**

**24 Es wurde/ist...**

...besser ...schlechter ...gleich geblieben

Beschäftigungssituation ○ ○ ○

Einkommen ○ ○ ○

Betriebliche Rahmenbedingungen ○ ○ ○

Arbeitszeit ○ ○ ○

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

36

**F) EU-Erweiterung – allgemeine Einschätzung**

**25 Auf welche Wirtschaftssektoren wirkte sich die EU-Erweiterung besonders aus?**

Gut Schlecht Gleich bleibend

Landwirtschaft ○ ○ ○

Industrie ○ ○ ○

Gewerbe ○ ○ ○

Bauwirtschaft ○ ○ ○

Handel ○ ○ ○

Tourismus ○ ○ ○

Soziales und Gesundheit ○ ○ ○

Öffentlicher Dienst ○ ○ ○

Auf ...große Unternehmen ○ ○ ○

...mittlere Unternehmen ○ ○ ○

...kleine Unternehmen ○ ○ ○

...freie Berufe / Selbständige ○ ○ ○

**26 War die EU-Erweiterung für Österreich...**

...gut ...schlecht Ist mir egal

○ ○ ○

**27 Die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Grenzregionen in Österreich sind...**

...positiv ...negativ ...weder/noch ... noch nicht absehbar

○ ○ ○ ○

**28 Die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Generation Ihrer Kinder sind...**

...positiv ...negativ ...weder/noch ...noch nicht absehbar

○ ○ ○ ○

**30 Hat Österreich durch die EU-Erweiterung 2004 im Vergleich zu den anderen**

14 alten EU-Staaten

mehr weniger gleich **Vorteile**

○ ○ ○

mehr weniger gleich **Nachteile**

○ ○ ○

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

37

**29 Durch die EU-Erweiterung...**

Ja Nein Weder/Noch

...lernen die Beitrittsländer von Österreich ○ ○ ○

...lernen die Gewerkschaften in den Beitrittsländern von den österreichischen Gewerkschaften

○ ○ ○

...lernt Österreich von den Beitrittsländern ○ ○ ○

...lernen Österreichs Gewerkschaften von jenen der Beitrittsländer ○ ○ ○

...lernen wir von einander ○ ○ ○

...besteht die Chance gemeinsamer Weiterentwicklung ○ ○ ○

**31 Wie berührt die EU-Erweiterung folgende Themen**

**Verbesserung Verschlechterung Gleich**

Landwirtschaft ○ ○ ○

Arbeitsmarkt ○ ○ ○

Geldwert/Preise ○ ○ ○

Warenangebot ○ ○ ○

Umwelt ○ ○ ○

Soziale Sicherheit ○ ○ ○

Tourismus ○ ○ ○

Verkehr ○ ○ ○

Kriminalität ○ ○ ○

Nationalismus/Ausländerproblematik ○ ○ ○

**G) Die siebenjährige Übergangsfrist am Arbeitsmarkt (beschränkte Arbeitserlaubnis für BürgerInnen der Beitrittsländer)**

**32 Diese Übergangsfrist finde ich...**

...gut ...schlecht ...ist mir egal

○ ○ ○

...realistisch ...unrealistisch ...weder/noch

○ ○ ○

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

**33 In welcher Branche ist diese Übergangsfrist...**

...wichtig ...unwichtig

Landwirtschaft  Industrie  Gewerbe  Bauwirtschaft  Handel  Tourismus  Soziales und Gesundheit  Öffentlicher Dienst  **33a Glauben Sie, dass die 7-jährige Übergangsfrist verkürzt wird?**

ja nein Ist mir egal

  **34 Ist Österreich in der EU-Erweiterung...**...Gewinner ...Verlierer **35 Wird Österreich durch die EU-Erweiterung...**...mehr zahlen ...mehr bekommen ...gleich bleiben **36 Werden Ihrer Meinung nach bisherige EU-Förderungen...**...weiter gewährt ...steigen ...sinken ...verschwinden **37 Wurde der Grenzraum in Österreich durch die EU-Erweiterung...**

...belebt ...nicht belebt ...ist gleich geblieben

  

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

39

**38 Wurde der Grenzraum in den neuen EU-Ländern durch die EU-Erweiterung...**

...belebt ...nicht belebt ...ist gleich geblieben

  **H) Öffentliche Meinung****39 Ist die Öffentliche Meinung in Österreich zur EU-Erweiterung...**

...eher positiv ...eher negativ ...eher gleichgültig

  **40 Ist die Öffentliche Meinung in den Beitrittsländern zur EU-Erweiterung...**

...eher positiv ...eher negativ ...eher gleichgültig

  **41 Ist die Haltung der österreichischen Medien zur EU-Erweiterung...**

...eher positiv ...eher negativ ...eher gleichgültig

  **41a Hat sich die Öffentliche Meinung in Österreich nach der EU-Erweiterung...**

...verbessert ...verschlechtert ...ist gleich geblieben

  **43 Wie geht die österreichische Innenpolitik mit der EU-Erweiterung um?**

Zu positiv Zu negativ Realistisch

  **44 Wie gehen die österreichischen Parteien mit der EU-Erweiterung um?**

Zu positiv Zu negativ Realistisch

- ...die ÖVP
- ...die SPÖ
- ...die GRÜNEN
- ...die FPÖ

**45 Wie gehen die österreichischen Gewerkschaften mit der EU-Erweiterung um?**

Zu positiv Zu negativ Realistisch

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

40

**I) Ihre eigenen Verbindungen**

**46 Haben Sie selbst... Ja Nein**

- ...persönliche Kontakte zu Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ... familiäre Kontakte zu Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...berufliche Kontakte zu Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...betriebliche Kontakte zu Betrieben aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...betriebsrätliche Kontakte zu „Konzernbetrieben“ aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...gewerkschaftliche Kontakte zu Gewerkschaften aus den neuen Mitgliedsstaaten?

**46a Haben Sie seit der EU-Erweiterung neue Kontakte geknüpft Ja Nein**

- ...persönliche Kontakte zu Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...berufliche Kontakte zu Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...betriebliche Kontakte zu Betrieben aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...betriebsrätliche Kontakte zu „Konzernbetrieben“ aus den neuen Mitgliedsstaaten?
- ...gewerkschaftliche Kontakte zu Gewerkschaften aus den neuen Mitgliedsstaaten?

**47 Wirken Sie selbst...**

...bereits bei grenzüberschreitenden Projekten mit?

Bei welchen?

**J) Zusammenfassung**

**48 Fühlen Sie sich vor allem als...**

Europäer/in Österreicher/in Bewohner/in Ihres Bundeslandes

...oder als

**49 Überwiegen für Sie persönlich bei der EU-Erweiterung...**

...eher die Vorteile ...eher die Nachteile

**50 Überwiegen für Ihre Belegschaft bei der EU-Erweiterung...**

...eher die Vorteile ...eher die Nachteile

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

41

**51 Überwiegen für die österreichische Bevölkerung bei der EU-Erweiterung...**

...eher die Vorteile ...eher die Nachteile

**52 Die EU-Erweiterung erfolgte....**

...eher zu rasch ...eher zu langsam ...gerade richtig

**53 Fühlten Sie sich über die EU-Erweiterung und ihre Auswirkungen....**

...ausreichend informiert ...nicht ausreichend informiert

**54 Meinen Sie, die Bevölkerung ist über die EU-Erweiterung und ihre Auswirkungen...**

...ausreichend informiert ...nicht ausreichend informiert

**55 Sprechen Sie die Sprache eines der neuen Mitgliedsstaates?**

Ja Nein

Welche?

Ihre **Muttersprache** ist: Bitte angeben:

**56 Werden Sie die Sprache eines der neuen Mitgliedsstaaten lernen?**

Ja Nein Vielleicht

Welche?

**57 Sprechen Ihre Kinder die Sprache eines der neuen Mitgliedsstaaten?**

Ja Nein

Welche?

gemeinsam erweitern – Befragungen der BetriebsrätInnen 2004/2005

42

**58 Werden Ihre Kinder die Sprache eines der neuen Mitgliedsstaaten lernen?**

Ja Nein Vielleicht

Welche?

**Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!**

**Wollen Sie, dass Ihre Einsendung an einem GEWINNSPIEL teilnimmt?**

Nein Ja Bei „Ja“ ersuchen wir Sie um Name und Kontakt (z.B. Tel., Mail)

---

Siehe Beilage

© schmid/prochazkova2005